

# Rechtliche Unternehmensverantwortung Vierteljährliches Bulletin - Ausgabe 24, September 2017

---

Willkommen zu unserem vierteljährlichen Bulletin "Unternehmen vor Gericht." In jedem Quartal bespricht dieses Bulletin ein Schwerpunktthema, sowie neue Entwicklungen bei der rechtlichen Durchsetzung der Unternehmenshaftung für Menschenrechtsverletzungen. Auf unserer englischen Webseite informieren wir im Abschnitt "[Corporate Legal Accountability](#)" objektiv und prägnant über Fälle, in denen Unternehmen wegen vermeintlicher Verstöße gegen Menschenrechte belangt werden.

Dieses Bulletin und vorherige Ausgaben sind auf [Englisch](#), [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Deutsch](#), [Russisch](#) und [Spanisch](#) verfügbar.

## Vierteljährliches Schwerpunktthema: Klagen durch Unternehmen versuchen Befürworter einer Rechenschaftspflicht zum Schweigen zu bringen

Stellen Sie sich vor, Sie sind Anwalt, halten an einer Universität einen Vortrag über Ihre Arbeit und einige Rechtsfälle, an denen Sie beteiligt sind, und dass Sie kurz darauf die Mitteilung erhalten, dass Sie wegen Verleumdung verklagt werden. Genau das passierte dem [Zentrum für Umweltrechte](#) (CER) in Südafrika. In einem Vortrag an der Universität von Kapstadt im Januar 2017 erklärten zwei CER-Rechtsanwälte, Tracey Davies und Christine Reddell, dass Mineral Sand Resources (MSR) Vorhaben, die Sanddünen von Xolobeni abzubauen, „umweltschädlich“ sei. Im Mai wurde ihnen mitgeteilt, dass sie, zusammen mit einem lokalen Community-Aktivisten, Davine Cloete, von MSR, das zum australischen Unternehmen Mineral Commodities gehört, [wegen Verleumdung verklagt](#) werden. CER [sagt](#), dass diese Klage eine strategische Klage gegen die öffentliche Beteiligung (Strategic Lawsuit against Public Participation – SLAPP) ist – „Hier ist eine Botschaft an Unternehmen, die glauben, dass sie Klagen und andere Einschüchterungstaktiken nutzen können, um die Stimmen von Aktivisten zum Schweigen zu bringen ... Wir werden zurückkämpfen, wir werden Missetaten durch Unternehmen weiter untersuchen, und wir werden Unterstützung von Partnern sammeln – aber vor allem lassen wir uns nicht zum Schweigen bringen.“

SLAPPs werden oft von Unternehmen eingereicht, um Menschen, die versuchen, sich für Angelegenheiten von öffentlichem Interesse einzusetzen (lokale Gemeinschaften, Gewerkschafter, Journalisten, NGOs, Rechtsanwälte, Whistle-Blowers), einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, in dem sie diese in kostspielige Gerichtsverfahren einbinden, bis sie ihre Kritik oder Opposition aufgeben. In den meisten Fällen ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass sie selbst Recht bekommen. Aber wenn Opfer von Menschenrechtsverletzungen, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und andere sich gegen diese Behauptungen verteidigen müssen, kann dass auch den Bürgerraum bedrohen und Opfern den Zugang zu Rechtsmitteln erschweren. Die Nichtregierungsorganisation Sherpa wird zur Zeit in Frankreich von der Baufirma Vinci [wegen Verleumdung](#) verklagt, nachdem sie [Anspruch](#) gegen Vinci erhoben hatten wegen Vorwürfen der Zwangsarbeit auf ihren Baustellen in Katar. [Laut Sherpa](#) sind sowohl die Anzahl der SLAPPs, als

auch die Höhe der von den Unternehmen verlangten Schadensersatzansprüche gestiegen, die oft nicht im Verhältnis zu den Mitteln derjenigen stehen, auf die SLAPPs abzielen. Sherpa sagt auch, dass angesichts der finanziellen Risiken solche Prozesse oft zur Selbstzensur von Organisationen führen und somit die Meinungsäußerungsfreiheit bedrohen.

SLAPPs treten sowohl in entwickelten Ländern, als auch in Entwicklungsländern auf; die folgenden Beispiele sind nur eine Auswahl an kürzlich erfolgten. In Thailand wurde der [Verleumdungsklage, die von der Firma Natural Fruit gegen Andy Hall](#) eingereicht wurden, ein britischer Arbeiterrechtsaktivist und Forscher, der einen Bericht mitverfasste, in dem der Firma Arbeitsrechtsmissbräuche in ihren Fabriken vorgeworfen wird, viel Beachtung geschenkt. Thammakaset Farm [reichte auch eine Verleumdungsklage](#) gegen Arbeiter in Thailand ein, von denen sie wegen Vorwürfen der Zwangsarbeit und anderen Missständen am Arbeitsplatz der Geflügelfarm [verklagt](#) werden. Nach thailändischem Recht ist Verleumdung eine Straftat und kann zu einer Gefängnisstrafe führen. In Honduras reichte die Energiegesellschaft DESA (Desarrollos Energéticos) [eine kriminelle Verleumdungsklage](#) gegen Suyapa Martínez von der frauenrechtlichen Nichtregierungsorganisation Centro de Estudios de la Mujer ein. Sie hatte öffentlich behauptet, dass DESA an der Planung des Mordes an der Aktivistin Berta Cáceres, die sich gegen das an DESA in Auftrag gegebene Dammbau-Projekt äußerte, beteiligt war. Die Klage von DESA wurde abgewiesen. In Kanada [nannte](#) ein Richter im vergangenen Jahr die Verleumdungsklage, die von Taseko Mines gegen das Westkanadische Wilderness Komitee eingereicht wurde, ausdrücklich einen SLAPP und „einen Versuch, Gerichtsverfahren dazu zu nutzen, um Kritiker in Angelegenheiten von öffentlicher Bedeutung zum Schweigen zu bringen ... Im Rahmen einer Verleumdungsklage kann das Streben nach Strafschadensersatz dazu dienen, Kritiker zum Schweigen zu bringen“. Der Fall wurde abgewiesen, aber das Unternehmen hat Berufung eingelegt und bestreitet, dass es beabsichtigte, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Auch in den USA wurden einige Klagen von Firmen gegen Befürworter eingereicht, die sich gegen ihre Unternehmen ausgesprochen haben. Murray Energy und der Vorstandsvorsitzende Robert Murray [verklagten](#) TV-Komödiant John Oliver wegen der Ausstrahlung eines Fernsehsketches, der Murrays Minensicherheitspraktiken kritisierte, und der den Zusammenbruch einer Murray Mine in Utah zitierte. Die Amerikanische Bürgerrechtsvereinigung beschrieb in ihrem [Amicus-Curiae-Schriftsatz](#), den sie zur Unterstützung von Oliver einreichten, die Klage als „lächerlich“. Andere Rechtsexperten haben die Klage „leichtfertig“ und „schikanös“ genannt. In einem anderen Fall reichte Energy Transfer, der Entwickler hinter der Dakota Access Pipeline, eine [Klage](#) gegen Greenpeace, Banktrack, Earth First! und andere Gruppen ein, laut der diese angeblich „materiell falsche und irreführende Informationen über Energy Transfer und die Dakota Access Pipeline fabriziert und verbreitet haben“ – und behaupten, dass sie der Pipeline „Milliarden von Dollar an Schaden“ zugebracht hätten.

Angesichts solcher Rechtsangriffe haben sich einige Befürworter einer Rechenschaftspflicht dafür entschieden, weiterzukämpfen und Gegenklagen gegen die Unternehmen einzureichen. Ende Mai 2017 reichte Andy Hall eine [Gegenklage](#) gegen Natural Fruit ein. „Ich wurde von Migrantenarbeitern, die ich weiterhin in Thailand unterstütze, ermutigt, diese Prozesse in die Wege

zu leiten. Nach meiner strafrechtlichen Verurteilung haben mir viele Arbeiter und Rechtsverteidiger in Thailand und sogar weltweit gesagt, sie zögern ... aus Angst vor negativen Folgen über Missstände zu berichten. Es ist zwingend erforderlich, dass diese beiden Strafverfolgungen den Opfern von Menschenrechtsverletzungen, Arbeitern, die ausgebeutet wurden, und Menschenrechtsverteidigern die Möglichkeit zurückgibt, mit Zuversicht über rechtswidriges Verhalten von Unternehmen und staatlichen Akteure zu sprechen ", [sagte](#) Hall. Er hatte die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, aber die meisten Befürworter auf der lokalen Ebene haben das nicht, was ihnen die Sache erschwert und sie anfälliger macht. Die Nichtregierungsorganisation CALAS (Centro de Acción Legal Ambiental y Social), die mit ihrer Arbeit die Beteiligung von Gemeinschaften und die Achtung der kollektiven Rechte von indigenen Völkern in Guatemala fördert, [wurde auch von Unternehmen wegen Verleumdung verklagt](#). Um Gerechtigkeit für Menschenrechtsverteidiger zu fordern, beschloss sie, Rechtsstreitigkeiten gegen diese Unternehmen einzuleiten, unter anderem gegen Repsa (wegen Ökozid) und Minería de Guatemala, deren Lizenz wegen Umweltkriminalität eingestellt wurde.

Verstärkte Berichterstattung über SLAPPs in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, Bewusstsein für das Thema zu stärken und Regierungen unter Druck zu setzen. Einige haben bereits positive Schritte unternommen. Das [Australische Hauptstadtterritorium](#), die Provinz [Ontario](#) in Kanada und der Staat [Kalifornien](#) in den USA haben "Anti-SLAPP" Gesetze verabschiedet, um sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit in öffentlichen Diskussionen teilhaben kann, ohne Angst vor Vergeltung haben zu müssen. Nichtregierungsorganisationen setzen sich für ähnliche Gesetze in anderen Ländern ein, darunter [Südafrika](#) und [Frankreich](#), aber momentan gibt es keine geplanten Gesetzesentwürfe in Europa. Regierungen können andere Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass Gerichte gegen Befürworter einer Rechenschaftspflicht genutzt werden, wie zum Beispiel die Entkriminalisierung der Verleumdung, wie es von internationalen Organisationen (z. B. [Afrikanische Kommission für Menschen- und Völkerrechte](#), [UN Special Rapporteur on Freedom of expression](#), [UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung](#)) und führenden Nichtregierungsorganisation ([Artikel 19](#), [Internationale Juristen-Kommission](#)) gefordert wird. Ein jüngstes [Gutachten](#), das von der französischen Regierung in Auftrag gegeben wurde, erteilte der Regierung Empfehlungen bezüglich SLAPPs, darunter zivilrechtliche Bußgelder von bis zu 15.000 Euro für Klagen, die die Meinungsfreiheit des Angeklagten beeinträchtigen; und Gefängnisstrafen von bis zu sieben Jahren und 375.000 Euro für böswillige Strafverfolgungen, die speziell auf Akademiker abzielen aufgrund von Aussagen, die im Zusammenhang mit ihren Forschungsaktivitäten getroffen wurden.

Unternehmen können auch dazu beitragen, das Schrumpfen des bürgerlichen Raums zu verhindern, indem sie Menschenrechtsverteidiger unterstützen, die rechtlich belastet werden. In der Andy Hall-Verleumdungsklage sagte die Firma S Group, die von Natural Fruit Produkte bezieht, bei seinem Prozess im Jahr 2016 zugunsten des Aktivisten aus. Das Unternehmen [erklärte](#) seine Entscheidung: „... [A]ls verantwortungsbewusste Firma haben wir beschlossen auszusagen, weil die S Gruppe Teil der Wertschöpfungskette dieses Falles ist ... Es liegt auch im Interesse der Unternehmen, eine funktionsfähige Zivilgesellschaft zu haben.“

## Rechtliche Entwicklungen

### *Neue Fälle*

[Verfahren gegen Eni \(Ölverschmutzung im Niger Delta\)](#): Im Mai verklagte eine nigerianische Gemeinde Eni in Italien wegen einer Ölpest im Niger-Delta im Jahr 2010. Die Gemeinde behauptet, dass das Öl seine Lebensgrundlagen beschädigt und verlangt eine Säuberungsaktion und Entschädigung. Die Ölpipeline wurde von der Nigerianischen Firma Agip Oil Company (NAOC) betrieben; Eni ist der Mehrheitseigentümer von NAOC. Eni bestritt das Vergehen und wies darauf hin, dass die Säuberungsaktion von NAOC die nigerianischen Behörden zufriedenstellte. Eine erste Anhörung ist für Dezember festgelegt.

[Verfahren gegen Murray Energy \(gegen John Oliver wegen einem Fernsehsketch, USA\)](#): Am 21. Juni reichte Murray Energy und der Vorstandsvorsitzende Robert Murray – zusammen mit HBO, Time Warner und Autoren der Show „Last Week Tonight“ – eine Verleumdungsklage in den USA gegen den TV-Komiker John Oliver ein. Die Klage behauptet, dass Oliver und sein Team „einen sorgfältig geplanten Versuch unternahmen, den Charakter und den Ruf von Herrn Robert E. Murray und seinen Firmen zu ermorden“. Die Klage bezieht sich auf eine Folge, die Murrays Minensicherheitspraktiken kritisierte und das den Zusammenbruch einer von Murrays Minen in Utah aufführte, bei dem neun Menschen ums Leben kamen.

[Verfahren gegen Vinci \(Zwangsarbeit in Katar\)](#): Im März 2015 reichte die Nichtregierungsorganisation Sherpa in Frankreich eine Beschwerde gegen Vinci und die Manager der Katarer-Tochterfirma QDVC ein wegen Vorwürfen der Zwangsarbeit und Sklaverei von Migrantenarbeiter auf Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft in 2022 in Katar. Vinci wies die Vorwürfe zurück. Im April 2015 eröffnete die Staatsanwaltschaft eine vorläufige Untersuchung, um die Vorwürfe zu überprüfen; der Fall läuft noch. Im Gegenzug hat Vinci zwei Klagen gegen Sherpa im März und Mai 2015 eingereicht: eine wegen Verleumdung und eine wegen Untergrabung der Unschuldsvermutung. Die vorherige Klage läuft noch. Letztere wurde im Juni 2015 abgewiesen.

### *Neue Entwicklungen laufender Fälle*

[Abu Ghraib Verfahren gegen CACI, Titan \(jetzt L-3\)](#): Im Juni hat ein US-Gericht entschieden, dass die Opfer von Folter im Abu-Ghraib-Gefängnis im Irak mit ihrer Klage gegen CACI fortfahren können.

[Verfahren gegen Anvil Mining \(Mitschuld am Kilwa Massaker in der Dem. Rep. Kongo\)](#): Im Juni hat die Afrikanische Kommission der Menschenrechte und Rechte der Völker Anvil Mining wegen angeblicher Komplizenschaft bei den zivilen Tötungen von 2004 verurteilt und die Regierung aufgefordert, die kriminelle Untersuchung in die Handlungen des Unternehmens wieder aufzunehmen.

[Verfahren gegen die Arabische Bank \(Mitschuld an der Finanzierung von Terror-Angriffen in Israel\)](#): Im Juni haben zivilgesellschaftliche Organisationen dem US-Obersten Gerichtshof einen Amicus-Brief zur Unterstützung der Familien der Opfer und Überlebenden der Terroranschläge vorgelegt. Im Herbst wird der Oberste Gerichtshof entscheiden, ob das Alien-Tort-Statut für Unternehmen gilt.

[Verfahren gegen Betagro & Thammakaset \(Ausbeutung von Migrantenarbeitern in Thailand\)](#): Als Reaktion

auf die Klage des Arbeitnehmers legte der Besitzer von Thammakaset 2 im Oktober 2016 eine Verleumdungsklage gegen sie und den Gewerkschaftsaktivisten Andy Hall ein. Im August 2017 nahm das Don Muang Gericht den kriminellen Verleumdungsfall des Unternehmens als vollständiges Gerichtsverfahren an.

[Verfahren gegen BHP Billiton & Vale \(Damm-Kollaps in Brasilien\)](#): Im Juli 2017 unterbrach das Bundesgericht das Strafverfahren gegen 21 Personen, darunter die Top-Führungskräfte von BHP Billiton, Vale und Samarco, für 19 Todesfälle, die aus dem Dammkollaps resultierten.

[Verfahren gegen Chiquita \(Mitschuld an den Tötungen in Kolumbien\)](#): Im Mai forderte eine Gruppe von Rechtsanwälten und Nichtregierungsorganisationen den Staatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs auf, die Mittäterschaft von Chiquita-Beamten bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Paramilitärs als Teil der derzeitigen Untersuchung des Gerichts in Kolumbien zu prüfen.

[Verfahren gegen DynCorp \(chemisches Spritzen in Kolumbien & Ecuador\)](#): Im April verweigerte die Jury eines US-Bundesgerichtes, in der ersten „Test-Verhandlung“ Schadensersatz auszusprechen, da DynCorp die Kontrolle über staatliche Piloten, die chemische Spritzmissionen fliegen, fehlte. Die Jury fand jedoch, dass sie für die späteren Flüge eines Unterauftragnehmers verantwortlich war, was für zukünftige Fälle von Bedeutung sein wird, die von anderen Klägern erhoben werden können.

[Verfahren gegen Intl. Finance Corp. \(Finanzierung von Kohlekraftwerken in Indien\)](#): Im Juni hat ein US-Berufungsgericht entschieden, dass die IFC Anspruch auf „absolute Immunität“ hat und von den von IFC-Projekten betroffenen Gemeinschaften nicht verklagt werden kann. Im Juli haben die Gemeinden die Revisionsinstanz gebeten, ihre Immunitätslehre zu überprüfen.

[Verfahren gegen die Pistolenindustrie \(Sandy Hook Shooting in den USA\)](#): Im Mai fragten Remington und Bushmaster den Obersten Gerichtshof von Connecticut, den Fall zu entlassen, indem sie argumentierten, dass nur gegenüber dem Laden, der die Pistole verkaufte, eine Klage wegen „fahrlässigen Anvertrauens“ eingereicht werden könnte.

[Verfahren gegen Shell \(Nigeria - Kiobel & Wiwa\)](#): Im Juni reichten Esther Kiobel und drei weitere Frauen eine Zivilklage gegen Shell in den Niederlanden ein. Sie behaupten, dass das Unternehmen in 1995 an den Tötungen ihrer Ehemänner, die zu den "Ogoni 9" -Aktivisten gehörten, die wegen den Auswirkungen der Ölverschmutzung die Operationen von Shell und die nigerianische Regierung anfachten, mitschuldig ist. Shell hat jede Beteiligung an ihren Hinrichtungen verweigert.

[Verfahren gegen Tahoe Resources \(Minen Shooting in Guatemala\)](#): Im Juni weigerte sich der Oberste Gerichtshof in Kanada, eine Berufung von Tahoe Resources anzuhören, die gegen die Entscheidung des Berufungsgerichtes von British Columbia, dass Kanada für die Ansprüche zuständig war, eingelegt wurde. Die Klage wird daher weitergehen. Im Juli sperrte der Oberste Gerichtshof von Guatemala Tahoe Resources Bergbaulizenz bis ein Beschluss erreicht wird bezüglich Vorwürfen, dass das Unternehmen es versäumte, indigene Gemeinschaften zu konsultieren.

[Verfahren gegen Texaco/Chevron \(Ölverschmutzung in Ecuador\)](#): Im April forderten die gesetzlichen

Vertreter der betroffenen Gemeinden den Obersten Gerichtshof der USA auf, eine Entscheidung des unteren Gerichtshofs zu untersuchen, die in den USA die Durchsetzung des 9 Milliarden Dollar schweren Ecuadorianischen Urteils gegen Chevron verbietet. Im Juni weigerte sich der Oberste Gerichtshof, den Fall einzusehen. Eine Anhörung der Durchsetzungsmaßnahmen der Gemeinschaft in Kanada ist für Oktober festgelegt.

## Neue Übersetzungen

### *Auf Arabisch*

[\(المتعلقة بفرض العمل القسري في قطر\) قضية فينشي](#) [Verfahren gegen Vinci (Zwangsarbeit in Katar)]

### *Auf Französisch*

[Procès contre Vinci \(concernant le travail forcé au Qatar\)](#) [Verfahren gegen Vinci (Zwangsarbeit in Katar)]

## Neue Blogbeiträge

[Warum es schwieriger \(und gefährlicher\) wird, Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen](#), Ciara Dowd & Elodie Abo, Business & Human Rights Resource Centre, Mai 2017

- Auch auf [Französisch](#) & [Spanisch](#) verfügbar.

Wenn Sie einen Gastbeitrag in unserem Bulletin „Unternehmen vor Gericht“ veröffentlichen wollen, [treten Sie bitte mit uns in Kontakt](#).

## Andere Nachrichten

### Vom Business & Human Rights Resource Centre

Einen Paradigmenwechsel schaffen: Rechtliche Lösungen zur Verbesserung des Zugangs zu rechtlicher Abhilfe für Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen, Amnesty International und Business & Human Rights Resource Centre, 4 Sep 2017

[Neue Interviews mit Anwälten, die für rechtliche Unternehmensverantwortung kämpfen](#)

- [\[video\]](#) Jia Yaw Kiu, Malaysische Anwaltskammer & Erik Coubut (Indonesien)
- Vorherige Interviews sind [hier](#) verfügbar.

Neuer Bereich mit [Materialien zu Klagen von Unternehmen gegen Befürworter von rechtlicher Unternehmensverantwortung](#)

[Video Interview: Andy Hall über seine Gegenklage gegen Natural Fruit & Thailändische Behörden](#), Jun 2017

[Unternehmerische Straflosigkeit ist häufig & Abhilfe für Opfer selten – Rechtliche Unternehmensverantwortung](#)  
[Jährliches Bulletin](#), Apr 2017

- Zusammenfassung auch auf [Arabisch](#), [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Spanisch](#) & [Russisch](#) verfügbar.

## Berichte, Artikel und Anleitungen

[Gegen den Strom kämpfen: Menschenrechte und Umweltgerechtigkeit im globalen Süden](#), Dejusticia, 23 Aug 2017

[Handbuch für Anwälte zu Wirtschaft und Menschenrechte](#), Intl. Anwaltskammer, Jul 2017

Bericht über den Zustand der Zivilgesellschaft 2017, CIVICUS, Jun 2017

- Enthält einen [Gastaufsatz](#) über transnationale strategische Gerichtsverfahren zu unternehmerischer Rechenschaftspflicht

[Wirtschaft und Menschenrechte: Reflexionen aus Lateinamerika \[Los derechos humanos y las empresas: reflexiones desde América Latina\]](#), Instituto Interamericano de Derechos Humanos, Mai 2017 (nur auf Spanisch verfügbar)

- Enthält Artikel zu Wirtschafts- und Menschenrechtsentscheidungen in Mexiko; das Konzept der unternehmerischen Mitverantwortung für transnationale Gerechtigkeit Argentinien; Haftung von Unternehmen für Umweltkriminalität

[UN Sonderberichterstatterin Maina Kiai eröffnet FOAA Online! – eine webbasierte Sammlung von rechtlichen Argumenten im Zusammenhang mit Vereinigungs- und Organisationsfreiheit](#), 28 Apr 2017

[Auswirkungen von strategischen Gerichtsverfahren: Landrechte von indigenen Völkern](#), Open Society Justice Initiative, 24 Apr 2017

[Um den unerbittlichen Marsch des Klimawandels aufzuhalten, müssen wir die am meisten Gefährdeten befähigen](#), Vivek Maru, Namati, Wired (USA), 21 Apr 2017

- Rechtliche Bevollmächtigung der örtlichen Gemeinschaften als Instrument zur Bewältigung des Klimawandels und der Umweltschäden durch Aktivitäten von Unternehmen

[Verbesserung des Zugangs zu rechtlicher Abhilfe auf EU-Ebene im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte](#), Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 10 Apr 2017

[Internationale Menschenrechtsstreitigkeiten: Ein Leitfaden für Richter](#), David Nersessian, Babson College, Dec 2016

## Events

[Video: Bestandteile eines diplomatisch tragfähigen Vertrages über Wirtschaft und Menschenrechte](#), Business & Human Rights Resource Centre, Notre-Dame-Universität, Britishes Institut für internationales und vergleichendes

Recht, Universität Essex, 16 Mai 2017

[2017 UN Forum für Wirtschaft und Menschenrechte – Zugang zu rechtlicher Abhilfe realisieren \(27-29 Nov\)](#)

[Business & Human Rights on Both Sides of the Atlantic in a world of Trump and Brexit](#), Matrix Chambers, Leigh Day, Business & Human Rights Resource Centre, 11 Jul 2017

- [Podcast](#)

Wenn Sie einen Beitrag in unserem nächsten Bulletin veröffentlichen, uns Feedback geben möchten, jemanden kennen, der das Bulletin gerne erhalten möchte oder sich abmelden möchten, kontaktieren Sie bitte Elodie Abo, Projektmanagerin Rechtliche Unternehmensverantwortung, unter [aba \[at\] business-humanrights.org](mailto:aba@business-humanrights.org).